

Die Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V. (unternehmer nrw) ist der Zusammenschluss von 129 Verbänden mit 80.000 Betrieben und drei Millionen Beschäftigten. unternehmer nrw ist Mitglied der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und vertritt die Interessen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI) als dessen Landesvertretung.

27.02.2020

STELLUNGNAHME

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 04.03.2020

Antrag der Fraktion der SPD: „Nachhaltige Industriepolitik für Nordrhein-Westfalen“ (Drs. 17/7758 vom 05.11.2019)

A. Vorbemerkung

Die nordrhein-westfälische Industrie ist als wichtiger Treiber für innovative Produkte und Prozesse ein wesentlicher Eckpfeiler des Wohlstands unserer Gesellschaft. Mit mehr als einer Million Beschäftigten erwirtschaftet das produzierende Gewerbe in NRW mehr als 25 Prozent des NRW-Bruttoinlandprodukts. Gleichzeitig setzt eine kraftvolle industrielle Basis auch starke Impulse für einen prosperierenden Dienstleistungssektor. Darüber hinaus leistet die Industrie auch durch stetige Verbesserung ihrer Rohstoff- und Energieeffizienz einen direkten Beitrag zum Klima- und Ressourcenschutz und kommt so ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nach. Wir bekennen uns klar zum Ziel, die biologische Vielfalt zu schützen und zu fördern sowie die Natur im Sinne der Nachhaltigkeit zu nutzen. Der Schutz der Umwelt ist dabei nicht nur gesamtgesellschaftliches Ziel, sie liegt auch im ureigenen Interesse der Wirtschaft. Diese Verantwortung wird von vielen Unternehmen aktiv gelebt.

Ebenso klar ist aber auch, dass es uns nur mit den hocheffizienten Prozessen und Produkten unserer Wirtschaft gelingen wird, einen wesentlichen Beitrag zum globalen Ressourcen-, Klima- und Naturschutz zu leisten. Hierfür braucht es wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen, damit die Wirtschaft ihre Beiträge zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft am Standort Nordrhein-Westfalen leisten kann. Dabei ist ein ganzheitlicher Ansatz angezeigt, der Klimapolitik, aktive Industriepolitik und Wettbewerbspolitik kombiniert und auch die globalen Rahmenbedingungen mitberücksichtigt. Notwendig ist es, hierbei gleichermaßen

die passenden Schutzmechanismen vorzusehen. So kann beispielsweise eine umfassende Dekarbonisierung nur gelingen, wenn gleichzeitig ein Carbon Leakage, und damit die Schwächung unserer Industriestandorte, verhindert wird. Hierbei wird auf bestimmte Besonderheiten, beispielsweise bei den energieintensiven mittelständischen Unternehmen, zu achten sein. Nur so können die bestehenden Wertschöpfungsketten – die Unternehmen aller Größen und Branchen auf das engste verbinden – erhalten und weiter entwickelt und die Arbeitsplätze wirksam geschützt werden.

Mit dem Industriepolitischen Leitbild der Landesregierung liegt nun eine solide Strategie der gesamten Landesregierung vor, die die hocheffizienten Produkte und Lösungen der Wirtschaft zum globalen Klimaschutz anerkennt und sinnvoll unterstützt. Das Leitbild baut nachhaltig auf den zuvor von Wirtschaftsminister Duin erarbeiteten Industriepolitischen Leitlinien auf und entwickelt diese sinnvoll weiter.

Auch nach dem Strukturwandel der vergangenen Jahrzehnte verfügt Nordrhein-Westfalen weiterhin über beachtliche industrielle Kerne. Diese müssen erhalten und mit Blick auf weitere Zielmärkte ausgebaut werden. Besonders auch außerhalb der Großstädte, in eher ländlich geprägten Regionen, hat sich die Industrie in NRW positiv entwickelt. Gerade in diesen Regionen sind die Sicherung des Fachkräftenachwuchses, die Bereithaltung von Industrie- und Gewerbeflächen, die Versorgung mit einem schnellen Breitbandanschluss, eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und eine bessere Ausstattung mit Forschungseinrichtungen für die Sicherung der zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit notwendig. Ein weiterer wichtiger Wachstumsimpuls geht darüber hinaus von den industrienahen Dienstleistungen aus, die mehrheitlich in den Ballungszentren angesiedelt sind. Diese Dienstleistungsunternehmen sind eine unverzichtbare Ergänzung für die produzierenden Unternehmen und im Ländervergleich bereits heute für unseren Standort von überdurchschnittlicher Bedeutung. In Zukunft ist daher eine verstärkte interregionale Zusammenarbeit zwischen den eher städtischen Dienstleistungs- und den eher ländlichen Industrieregionen notwendig. Diese Ziele müssen in der Landespolitik noch stärker berücksichtigt werden.

Für die Erreichung der mittel- bis langfristigen Klimaziele stehen wir vor einem grundlegenden Wandel und enormen Herausforderungen. Es muss uns in vielen Bereichen gelingen, neue Fertigungsprozesse nicht nur zu entwickeln, sondern auch in NRW im industriellen Maßstab zu realisieren. Dies wird aber nur mit attraktiven Investitionsbedingungen gelingen.

B. Im Einzelnen

Um im internationalen Wettbewerb zu bestehen, brauchen wir eine Industriepolitik, die auf der Grundlage verlässlicher Rahmenbedingungen und Regulierungen Investitionssicherheit gibt. Hierfür sind die folgenden fünf Punkte von besonderer Bedeutung:

I. Industrieinnovationen ermöglichen

Dass industrieller und ökologischer Fortschritt im 21. Jahrhundert längst kein Gegensatz mehr ist, zeigt sich in NRW. Unsere Industrie genießt weltweit einen hervorragenden Ruf als Innovationstreiber für die Entwicklung von Umwelttechnologien. Dieser Bereich hat sich hierzulande zudem als ein wichtiger Wachstumsmotor entwickelt. Hinzu kommt: Der Einsatz von Energie und Rohstoffen geschieht immer effizienter. Allerdings reicht es nicht, wenn die Industrie allein für ihre umweltfreundlichen Innovationen wirbt. Noch wichtiger ist eine gemeinsame Anstrengung aller gesellschaftlichen Kräfte, um ein positives Umfeld für Innovationen am Standort Nordrhein-Westfalen zu fördern.

II. Verlässliche und bezahlbare Energieversorgung

Der auf Bundesebene beschlossene Ausstieg aus der Kohleverstromung bis zum Jahr 2038 ist für das Industrieland NRW eine immense Herausforderung. Ohne den Aufbau verlässlicher neuer Stromerzeugung wird NRW mittelfristig vom Exporteur zum Importeur von Strom. Dabei sind Versorgungssicherheit zu jeder Sekunde und wettbewerbsfähige Strompreise unverzichtbar. Dies gilt in besonderem Maße für die energieintensiven Industrien. Das Land hat bei den Verhandlungen auf Bundesebene wichtige Erfolge erzielt. Nun muss es zwingend darauf drängen, dass insbesondere die beschlossenen Haltepunkte zur Überprüfung der Zwischenziele auch tatsächlich strikt eingehalten werden. Mit der Energieversorgungsstrategie wurde ein solides Fundament auf Landesebene gelegt. In den kommenden Jahren bedarf es gerade in Nordrhein-Westfalen des Aufbaus sicherer Kapazitäten sowie des massiven Ausbaus von Speicherkapazitäten und Netzen, um die wettbewerbsfähige Versorgung des Industriestandorts NRW verbindlich abzusichern. Die Landesregierung ist gefordert, hierfür die Schaffung entsprechender Investitionsbedingungen sowie der notwendigen genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen aktiv zu unterstützen.

III. Investitionsfreundliche Flächenpolitik betreiben

Damit der Aufholprozess Nordrhein-Westfalens gelingen kann, ist eine aktive Standortpolitik mit Anreizen für Erweiterungen und Neuansiedlungen und damit für neue Arbeitsplätze dringend notwendig. Wir begrüßen sehr, dass die Landesregierung den Landesentwicklungsplan (LEP) an zentralen Stellen schnell und effektiv überarbeitet hat. Die Ausrichtung ist nun deutlich wirtschafts- und investitionsfreundlicher. Unverhältnismäßige Hürden zu Flächenausweisungen und beim Rohstoffabbau im LEP wurden beseitigt. Damit haben sich die Voraussetzungen für bedarfsgerechte Flächenausweisung auf regionaler und kommunaler Ebene erheblich verbessert. Diese Freiräume müssen die Regionalräte und Kommunen nun nutzen. Auch Großansiedlungen müssen in NRW wieder möglich sein. Bisher nicht erkennbar sind die im Koalitionsvertrag angekündigten innovativen Ansätze zur Flächenkompensation. Hier sollte die Landesregierung nun dringend den sich selbst gesetzten Grundsatz „Qualität vor Quantität“ umsetzen.

IV. Investitionen stärken und Steuerhebesätze senken

Wir unterstützen nachdrücklich das Ziel der Landesregierung, auch in den kommenden Jahren ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Bei weniger stark steigenden Steuereinnahmen werden jedoch Schwerpunktsetzungen zugunsten von Investitionen und eine Begrenzung konsumtiver Ausgaben unabdingbar sein. Besondere Anstrengungen sind bei den im Bundesvergleich viel zu hohen Grund- und Gewerbesteuersätzen sowie der Finanzausstattung der Kommunen erforderlich. Beides beeinträchtigt die Standortattraktivität, hemmt Investitionen und riskiert die Abwanderung von Unternehmen. Nordrhein-Westfalen braucht dringend einen „Gewerbsteuer-Senkungspakt“ mit einer Mischung aus Vorgaben und Anreizen, der flächendeckend zu einer Senkung der kommunalen Gewerbesteuerhebesätze führt. Bei der notwendigen Unterstützung besonders hoch verschuldeter Kommunen durch Bund und Land gilt es sicherzustellen, dass nachhaltige Handlungsfähigkeit eröffnet und Fehlanreize vermieden werden.

V. Forschungslandschaft NRW

Das politische Klima in Nordrhein-Westfalen ist deutlich innovationsfreundlicher geworden. Die Politik der Landesregierung im Bereich der Gründerzentren, der Künstlichen Intelligenz und der Cyber-Sicherheit ist beispielhaft. Auch die Ansiedlung der Batteriezellenforschung in Münster ist ein großer Erfolg. Die Rückkehr zu mehr Autonomie für die Hochschulen begrüßen wir ausdrücklich. Die teilweise ideologische Forschungsstrategie der Vorgängerregierung sollte nun zügig durch das im Koalitionsvertrag angekündigte technologieoffene, ideologiefreie und bürokratiearme Innovationsbeschleunigungsgesetz ersetzt werden. Noch intensiver unterstützt und gefördert werden sollten Kooperationen zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Start-Ups und Unternehmen – hierbei insbesondere mit dem industriellen Mittelstand – sowie gute Rahmenbedingungen für Gründungen. Dieses sollte auf Basis eines regelmäßigen Innovations-Monitorings geschehen.